

# Die Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 176.

Halle, Montag den 24. Dezember 1917.

1. Jahrgang.

## Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Am Sonnabend um 4 Uhr nachmittags sind in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen in feierlicher Sitzung eröffnet worden.

Prinz Leopold von Bayern begrüßte in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Oberkommandos Ost die in seinem Hauptquartier erschienenen Vertreter der Mächte des Verbundes und schloß mit einer Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf den günstigen und erfolgreichen Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck gab, daß die nun beginnenden Verhandlungen möglichst bald zu einem die Völker beglückenden Frieden führen möchten.

W. A. B. B. B., der sodann als Alterspräsident den Präsidentenstuhl einnahm, dankte für die ihm erwiesene Ehre, begrüßte die Delegierten und eröffnete die Verhandlungen mit den besten Wünschen für deren gedeihlichen Verlauf. Er schloß hierauf vor, daß Staatssekretär von Kuhlmann als erster den Vorsitz bei den Verhandlungen übernehme, welchem Antrage allseitig zugestimmt wurde.

Staatssekretär von Kuhlmann übernahm nun den Vorsitz und hielt folgende Ansprache:

„Es ist für das Land, das ich zu vertreten habe, und für mich eine große Ehre, gemäß dem Beschluß der Versammlung bei der heutigen ersten Beratung den Vorsitz führen zu dürfen, bei der Vertreter der verbündeten Mächte mit den Delegierten des russischen Volkes zusammentreten, um dem Kriege ein Ende zu machen und den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den hier vertretenen Mächten wieder herzustellen.“

„Die Verhandlungen sind nicht die ersten, die zwischen uns stattgefunden haben. Die Verhandlungen sind nicht die ersten, die zwischen uns stattgefunden haben. Die Verhandlungen sind nicht die ersten, die zwischen uns stattgefunden haben.“

Lungen erfüllt sein von dem Geiste verbündeter Menschenfreundschaft und gegenseitiger Achtung. Sie müssen Rechnung tragen einerseits dem historischen Gegebenen und Gewordenen, um nicht den selten Boden unter den Füßen zu verlieren, andererseits aber auch getragen sein von jenen neuen und großen Zeitgedanken, auf deren Boden die hier Versammelten zusammentreffen. Ich darf es als glückwünschenden Wunsch anrufen, daß unsere Verhandlungen im Zeichen jenes Festes beginnen, welches schon seit langen Jahrhunderten der Menschheit die Versöhnung, Friede auf Erden, den die guten Willens sind, gegeben hat, und ich darf in die Verhandlungen mit dem aufrichtigen Wunsch eintreten, daß unsere Arbeiten einen raschen und gedeihlichen Fortgang nehmen möchten.“

Auf Grund von Vorschlägen des Vorstehenden wurden hierauf folgende Beschlüsse gefaßt: Rangordnungsfragen werden nach der alphabetischen Liste der vertretenen Mächte gelöst werden.

Im Präsidium der Vollversammlung alternieren die ersten Bevollmächtigten der fünf Mächte.

Als Verhandlungssprachen sind zugelassen: die deutsche, die bulgarische, die russische, die türkische und die französische Sprache.

Frage, die nur einzelne der beteiligten Mächte interessieren, können den Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen diesen bilden.

Die offiziellen Sitzungsberichte werden gemeinsam festgesetzt werden.

Auf Einladung des Vorstehenden entwickelte hierauf der Erste russische Vertreter in längerer Rede die Grundgedanken des russischen Friedensprogramms, die sich im wesentlichen mit den bekannten Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrats und der allrussischen Bauernversammlung decken. Die Vertreter der vier verbündeten Mächte erklärten ihre Bereitwilligkeit, in eine Prüfung der russischen Ausführungen einzutreten; das Ergebnis dieser Prüfung wird den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden.

Während der Kammer Sitzung erludete Bracke die Kammer, Caillaux Unverletzlichkeit nicht aufzuheben, denn das hiesige eine Feldzug gegen die Republik unternehmen, ein Grund zum Anklage wegen eines Verbrechen gegen Caillaux liege nicht vor. Redner warf dem Ministerpräsidenten Clemenceau vor, im Veressauschluß für eine Rede gehalten zu haben, die ein Abgeordneter als „faumoderisch“ bezeichnet habe. Clemenceau antwortete, sicherte die Botschaft im Ausnahmefall und erklärte, er habe den sichern Sieg vorausgesehen. Bracke verlangte die Vernehmung des Botschafters in Rom, Barrere, und schloß, man müsse den Bürgerkrieg verhüten, indem man derartigen Streitigkeiten zwischen Franzosen Halt gebiete. Nach kurzen Anmerkungen Renaudis, der Clemenceau vorwarf, nicht genügend genaue Angaben gemacht zu haben, wurde die Ansprache geschlossen.

Die Kammer beschloß sodann mit 417 gegen 2 Stimmen die Aufhebung der Unverletzlichkeit Caillaux als Abgeordneter und sagte indessen denselben Beschluß bezüglich Konstantin durch Sandaufheben.

Nachdem Caillaux selbst seine Unverletzlichkeit preisgegeben hatte, war der Beschluß der Kammer zu erwarten. Die Anklage wird vor einem Militärgericht verhandelt werden.

L. U. Genf, 23. Dezember. Eine Reihe sozialistischer Abgeordneter hat den Antrag eingebracht, die Minister Vianon, Ribot, Painlevé und Barthou gleichfalls in Anklagezustand zu versetzen, da sie das Anklagematerial gegen Caillaux gekannt, es aber unterlassen hatten, die Klage zu erheben.

## Die Wahlen zur russischen Konstituante.

Die bis jetzt vorliegenden Wahlslisten zeigen, so wird aus Stockholm berichtet, jedenfalls alles mit Sicherheit: die ungeheure Mehrzahl der Wählerstimmen fällt für sozialistische Kandidaten geltend. Was auch unter den Sozialrevolutionären gar mancher find, der vor westeuropäischen Augen als Sozialist nicht gelten kann, und mögen sich in der sozialrevolutionären Wählerstimme manche feindsüchtig reaktionäre Gedankenströmungen und Bewegungen finden, so bleibt doch die gewaltige Last, die die Wählerstimme dieses vor drei Vierteljahr noch einer halbsozialistischen Despotie ausgeliefert haben, ihren Glauben an die Beschaffenheit erneuernde Kraft des Sozialismus kundgegeben und sich zu seinem Rande bekennt hat.

Nach einer Petersburger Meldung sind bis jetzt 377 Wahlergebnisse für die verfassunggebende Versammlung bekannt. Es wurden 209 Sozialrevolutionäre, 107 Demokraten, 23 ukrainische Sozialrevolutionäre und 12 Arbeiter gewählt.

## Das Mehrstimmwahlrecht.

Die Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage. Es gibt kein Bundesparlament, das auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts gewählt würde. Im Augenblicke ist es nicht Preußen Sachsen, wo nicht nur die Wahlrechtsfrage am brennendsten ist, sondern auch die meisten Fragen erörtert werden, nämlich Klassenwahlrecht oder Pluralwahlrecht oder gleiches Wahlrecht. In Sachsen ist das nur auf dem Einkommen als Maßstab für die politischen Reaktionen beruhende Klassenwahlrecht, noch ehe es ein Alter von zwölf Jahren erreicht hatte, seit 1909 wieder abgetan und dafür das Pluralwahlrecht, das den Wählern nach verschiedenen Merkmalen, hauptsächlich aber Besitz und Einkommen bis zu drei Zustimmungen einräumt, eingeführt worden, das jetzt in Preußen im Parlament und der Presse und Versammlungen erörtert wird. In Sachsen ist das Pluralwahlrecht von Anfang an entschieden bestritten worden und jetzt haben sich auch die Nationalliberalen dazu bekannt, daß das viestimmige Wahlrecht für die Dauer unzulässig ist. In einer Versammlung des Nationalliberalen Vereins in Leipzig hat der Landtagsabgeordnete Dr. Zöpffel sich auch über die Wahlrechtsfrage in Preußen und Sachsen geäußert und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der vollständigen Verschlebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse durch die Kriegswirtschaft Besitz und Einkommen als Maßstab für die Zuteilung politischer Rechte nicht mehr in Frage kommen können, also auch das Mehrstimmwahlrecht auszuschließen habe. Für das gleiche Wahlrecht kann sich Dr. Zöpffel, der in der zweiten Kammer beinahe allseitig der Verschlebung auszusprechen ist, auch nicht entscheiden, und er redet deshalb einem Pluralwahlrecht das Wort, in dem nicht mehr materielle Momente für ein höheres Maß politischer Rechte ausgleichend sein sollen, sondern mehr persönliche Eigenschaften, wie Alter, Familienstand und - Bildung.

Im preußischen Abgeordnetenhaus sind die Konfessionen und Freikonfessionen nicht nur gegen das gleiche Wahlrecht, sondern immerhin ein Mehrstimmwahlrecht schon zu liberal. Nur der Führer der 54 Mann freien freikonfessionellen Fraktion, Freisiger Octavio v. Zedlitz, hat sich für bedingt für ein solches Mehrstimmwahlrecht ausgesprochen. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dezember sagte Herr v. Zedlitz zu diesem Punkte:

„Ich glaube, man kann auch bei dem weitestgehenden Vertrauen zur Bevölkerung sagen, daß den Aufgaben des preussischen Staates nur ein solches Wahlrecht gerecht wird, daß auch diejenigen, die überdurchschnittliche Leistungen dem Staat gegenüber, einen entsprechenden Gehalt auf das Wahlrecht haben. Sowohl ich als Überlegen kann, wird ich ein Mehrstimmwahlrecht auf Grund der höchsten Anforderungen für den Staat wohl konstruieren lassen. (Sehr richtig! bei den Freikonfessionen.) Es werden alle diejenigen, die materiellen oder geistigen Schätze unseres Volkstums mehr besitzen, mehr verdienen als die große Masse, hervorzuheben, die diejenigen, die in der Landwirtschaf selbständig arbeiten, die im Gewerbe selbständig wirken, diejenigen, die in liberalen Berufen stehen, diejenigen, die in liberalen Berufen stehen, diejenigen, die sich in der Selbstverwaltung bemühen haben, auch diejenigen, die sich durch die Steuerleistung über die große Masse hervorheben.“

Das Pluralwahlrecht soll also denselben Zweck erhalten, wie das heutige, auf dem Besitze beruhende Dreiklassenwahlrecht. Und das waren diese Ansichten des Herrn v. Zedlitz seinen Parteifreunden nach zu liberal. Der zweite freikonfessionelle Redner, der an reaktionärer Bestimmung mit den extremsten Konfessionen verfeindete Abgeordnete Lüdtke, hat Herrn v. Zedlitz rundweg verneinet und die freikonfessionelle Presse hat ihn völlig abgewiesen.

Demgegenüber verdient das Urteil des preussischen Wahlrechtsministers Dr. Drews besonders hervorgehoben zu werden. Anknüpfend an die Botschaft vom 11. Juli führte der Minister aus:

„Diese Botschaft geht hinaus über die Osterbotschaft, welche lediglich bezeugte, daß ein Klassenwahlrecht kein Recht mehr sei. (Sehr richtig! links.) Damit erfüllt für die Sanierung einer Lösung der Wahlrechtsfrage auf der Grundlage eines Pluralwahlrechts, wie sie in früheren Jahren dieses erörtert und durchgeprüft worden ist. Das Pluralwahlrecht würde an sich vielleicht vom rein logischen Standpunkte aus das folgerichtigste Wahlrecht sein, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gäbe, den Wert und die Bedeutung jedes einzelnen Staatsbürgers für das Staatsganze in einer Anzahl von Stimmen zureichend zum Ausdruck brachte. Diese Voraussetzung, ein solcher Schlüssel, der auch nur einigermaßen befriedigende Annäherungen liefert, fehlt aber. (Sehr richtig! links.) Wenn man insbesondere bei einem Pluralwahlrecht ein weniger demokratisches Ergebnis als beim gleichen Wahlrecht erzielen will, so muß man sich darüber klar sein, daß ein solches Ergebnis nur erzielt werden kann, wenn man eine große Anzahl offener oder verdeckter Mehrstimmen für Einkommen und Besitz gibt. (Sehr richtig! links.) Diese Mehrstimmen für Einkommen und Besitz, die sich durch die Steuerleistung über die große Masse hervorheben, sind per se neutral. Sie haben eine antidemokratische Wirkung nicht. Lediglich die nach petunären Momenten abgetesteten Stimmen über eine solche Wirkung aus. Ein nach petunären Gesichtspunkten abgetestetes Wahlrecht würde aber keinen Zweck haben, wiederum ein nach Steuerleistung abgetestetes Wahlrecht darzustellen. (Sehr richtig! links.) Das gewöhnliche einen verdeckten Schlüssel, welches die Dreiklassenwahlrecht darstellt, wird nicht erfüllt. (Sehr richtig! links.) Ein Pluralwahlrecht ist daher für die Sanierung nicht ausmachbar. (Bravo! links.) Insbesondere würde eine offenbar aber verdeckte Abstufung des Wahlrechts nach petunären Momenten unannehmbar sein mit den Anforderungen der neuen Zeit, vor der der Wahlrecht ein gebietet gefordert. (Bravo! links.) Diese Sanierung gleicher Wähler und gleicher Wähler kann nur bewirkt werden durch die Einführung des gleichen Wahlrechts. (Bravo! links.)“

Jedes Mehrstimmwahlrecht ist also entweder ein Klassenwahlrecht wie das Dreiklassenwahlrecht aus, oder die Untergrundwahlrecht.

## Die Affaire Caillaux vor der französischen Kammer.

worden zu sein, und fragte, warum denn die italienische Verleumdung als Deputierte zu nehmen, hatte am Sonnabend die französische Kammer Beschluß zu fassen. Beide werden des Landesverrats beschuldigt.

Caillaux verteidigte sich in einer großen Rede gegen die Anklage, eine Anklage an den Feind verübt zu haben. Er bestritt sich über die frühe Falschung des Reichstafels in Rom, Barre, ihm gegenüber und jagte, der Falschung der Karte in Italien habe begonnen wegen Barres Beziehungen und infolge der veröffentlichten Äußerungen der diplomatischen Vertreter Frankreichs. Er bestritt sich, nicht von der Abgeordnete Leboncu, durch den französischen Botschafter vor in Italien verurteilten Erregung verstanden worden sein, und fragte, warum denn die italienische Regierung keine Maßregeln gegen ihn getroffen hätte, als die französische Regierung erklärt habe, daß sie ihn als einfachen Bürger ansehe. Er schloß: Niemand gibt es geheime Aktenstücke, aber die Dokumente seines Vertriebs sind acht Monate alt, und schon vor acht Monaten hätte man mich aufsuchen sollen, mich zu rechtfertigen. Darum kam Caillaux zur Rechtfertigung seiner Botschaft vor dem Kriege. Er bewies sich gegen den Vorwurf, daß er ein Bündnis Frankreichs zerlören oder das Zusammengehen mit England habe brechen wollen, und jagte: Alle Anklagen beruhen auf falschen Dokumenten. Wenn ich verfolgt werde, so geschieht es nur, um der öffentlichen Meinung genug zu tun. Zum Schluß verlangte er selbst Aufhebung seiner Unverletzlichkeit als Abgeordneter, um alle Verleumdungen vor den Richter bringen zu können.

Die Nachmittagsitzung der Kammer war lebhafter, als die Vormittagsitzung. Die ganze sozialistische Gruppe außer zwei Abgeordneten und einige Sozialistische-Modale waren abwesend. Die anderen Fraktionen haben sich den Feststellungen des Ausschusses angeschlossen.

Die Meinung der Kammer bei ihrer Zustimmung zu dem Antrag der Regierung wurde nach der Sitzung von vielen Abgeordneten gedrücktweise dahin ausgedrückt: Ihre Rolle war uns streng vorgeschrieben. Wir hatten eine Schuld an Caillaux und konnten nicht feststellen können; was sollten wir unterlassen? Ihre Unschuld? Die Regierung forderte unter Berufung auf ihre Verantwortlichkeit Gelegenheit, Klarheit darüber zu schaffen und wir konnten sie für nicht zu weigern, so hat jetzt die Rechtspflege das Wort. Möge sie unerritt durch Verleumdungen von außen zum Wohle aller handeln.

male für die Klaffenbildung bei neutral, haben also, wie Alter und Familienstand, nicht die erarbeitete Wirkung. Damit ist über jedes Mehr- oder Weniger des Lebens bedacht. Eines der Momente, die für die Klaffenbildung herangezogen werden, kann man weder zu materiellen, noch zu neutralen rechnen, nämlich die Bildung, die Dr. Jöppel als Vermittel für die Vermittlung der Klaffenbildung herangezogen werden will. Was ist Bildung? Die allgemeine menschliche Bildung, die ihren Grund hat in unserer Stellung nicht natürlich. Dr. Jöppel meint, sondern die formale Bildung, die nur der erworben kann, bei der Geburt in der Wahl seiner Eltern die nötige Vorstufe bildet. Die formale Bildung aber zum Maßstab für die Vermittlung politischer Rechte zu machen, muß geradezu aufwendig werden. Mit Geld und Kraft und mit allen möglichen Mitteln und Waffen werden oft Kinder vermöglicher Eltern durch Gramen gebracht, die bei ordnungsgemäßer Erziehung nicht durchfallen würden. Dabei sind Menschen mit formaler Bildung oft ausgemachte Axtlinge. Und solchen Menschen soll ein Stimmrecht von höherem Gewicht eingeräumt werden! Doch wenn man auch von solchen „gebildeten“ Elementen hierbei absehen wollte, weil sie, wie angegeben werden mag, nur Ausnahmen bilden, so bleibt immer noch die Tatsache, daß diese sogenannte Bildung nur auf dem Reiche beruht und also indirekt aus ein präsumiertes Vermögen folgt. In den meisten Schichten des Volkes wird man sich erinnern, daß diese „durch Bildung und Reichtum gebildeten Klaffen“ es sind, die dem Volke systematisch jede höhere Bildungsmöglichkeit vorenthalten. Die Bildung als Maßstab für die Klaffenbildung bei den Wahlen vorzuziehen, müßte nach allem Doppel aufwendig wirken.

Wenn die bürgerlichen Kreise sich mit Recht gegen die Verengung der Wählerkreise durch das gleiche Wahlrecht wenden, so kann diesem Uebelstand durch die Anwendung des Verhältnisverfahrens abgeholfen werden. Das gleiche Wahlrecht in Verbindung mit dem Verhältnisverfahren ist das denkbar gerechteste Wahlverfahren, das auch alle Wählerkreise in einiger Bedeutung verhältnismäßig berücksichtigt. Die Forderung des Tages bleibt deshalb das gleiche Wahlrecht in Verbindung mit dem Verhältnisverfahren.

### Die Wahlreform in Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat Justizminister Wilhelm Károlyi den Gesetzesentwurf über die Wahlreform eingebracht, dessen wichtigste Bestimmungen folgende sind:

Wählen kann jeder ungarische Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und lesen und schreiben kann, jedoch jeder Jährling der Landbesitzerklasse oder des Karle-Truppenregiments ohne Rücksicht auf sein Alter, über die mindestens 10 Kronen Steuern zahlt, über die seiner aktiven Militärdienstzeit genügt oder während des Krieges, wenn auch mit Unterbrechungen, mindestens 2 Jahre aktiven Militärdienst geleistet, oder, ohne Rücksicht auf seine Dienstzeit, den Rang eines Unteroffiziers erreicht hat; ferner, wer auf Grund behördlicher Zulassung ein Gewerbe ausübt oder ständig in einem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb angestellt ist, endlich sämtliche Wähler, die in das Wahlregister für 1914 aufgenommen sind, solange der Rechtsgrund für ihre Aufnahme fortbesteht.

Wahlberechtigt sind ferner alle Frauen, welche das 24. Lebensjahr vollendet haben, die unrichtige Ehegeschäfte befreit, lesen und schreiben können und vier Bürgerqualifikatorien besitzen oder einen ähnlichen Bildungsgrad nachweisen können, oder deren Gatte während des Krieges gefallen oder infolge der Lieberantretungen oder an seinen Wunden gestorben ist, falls sie aus dieser Ehe ein Kind haben, endlich alle Frauen, die seit zwei Jahren Mitglied eines wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Vereines sind.

Die Bedingungen des passiven Wahlrechts sind für Männer und Frauen gleich. Wähler ist, wer zur Zeit der Wahl wahlberechtigt ist, wenn er sein 24. Lebensjahr vollendet hat und der ungarischen Staatsbürger in Wort und Schrift nachweist.

In der Begründung der Vorlage wird insbesondere ausgeführt, daß der Wahlgesetze von 1913 sich namentlich angeht die ungeliebtesten Kreise des Volkes und der großen Zukunftsaussichten als unzulänglich erwiesen hat. Er stellt als Altersgrenze das dreißigste Lebensjahr auf. Seine völlige Unzulänglichkeit zeigt sich besonders in dem sehr verwickelten und schwierigen Verfahren zum Nachweis der Wahlberechtigung. Die Ausdehnung des Wahlrechts hat sich nach dem obersten Wahlgesetze vom 18. April 1917 an den damaligen Ministerpräsidenten Grafen Tisza als von allen Parteien anerkannt notwendig empfunden.

Nach der Statistik betragt die Zahl der über 24 Jahre alten, des Lesens und Schreibens Kundigen 23 Millionen, nach dem geltenden Gesetz sind 1.700.000 wahlberechtigt. Inhaber der Landbesitzerklasse und des Karletruges gibt es 443.000, demnach müßten durch den vorliegenden Entwurf 3.59 Millionen wahlberechtigt werden; dazu kämen noch 260.000 militärische Wähler.

Grundlegende Neuerungen sind beim Wahlverfahren und der Aufstellung der Wählerlisten vorgesehen. Wählhilfe müssen in den Gemeinden alle Wähler vorgelegt werden, und jeder der das 23. Lebensjahr vollendet hat, ist bei einer Wahlberechtigung am 10. Januar auf einer Zählkarte die zum Nachweis seines Wahlrechts erforderlichen Angaben zu machen. Räumt der Wahlkreis sich nicht in die Wählerliste auf, so ist er zu verurteilen.

Die Abstimmung ist in den Städten geheim. Viele neue Bestimmungen sichern die Unbeeinträchtigung und den ungetrübten Verlauf der Wahl. Die Wähler sollen ohne materielle Opfer an den Wahlort gelangen können, Eisenbahnen und Schiffahrtsunternehmungen werden verpflichtet, die gegen kostliche Vergütung an den Wahlort und zurück zu befördern. Weiter wird im Wahlgesetz die Befreiung der von vorliegenden Tages bis zur Beendigung der Wahl der Verkauf und die Verteilung gefüllter Getränke verboten.

Die Strafbestimmungen gegen Mißbrauch der Amtsgewalt zur Beeinträchtigung der Wähler werden verschärft und alle öffentlichen Beamten, die funktionieren, den erforderlichen Urlaub erhalten.

Schließlich wird eine weitere Vorlage über eine Wahlreifeinteilung angekündigt.

### Neues zur Weltlage.

Demnach werden, wie das Fachblatt *Beobachter* berichtet, 8000 Pferde aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführt. Es werden in jeder Woche 1000 Stiere übernommen, so daß die Lieferung von Vieh in Anspruch nehmen wird. Die Verkäufer der Pferde in den Niederlanden haben eine Gesamtsumme für die Befreiung der Pferde hinterlegt. Der Landwirtschaftsminister hat ferner die Summe von 20.000 Kühen nach Deutschland genehmigt. Deutschland verlangt 60 Proz. tragende Kühe und 40 Proz. Milchkuhe. Deutschland bezahlt in der Voraussicht für die Lieferung am 17. Januar 1918.

In Pariser Regierungskreisen ist man über die schlechten Resultate der französischen Mission in Mexiko sehr niedergelassen. Trotz des großen Bruchens von Seiten der Regierung auf die Einmischung in Mexiko hat die große Masse des Volkes fast vollkommen der Regierung. Auch im letzten Lage wurde die unerwartete Notlage gemeldet und im Hotel des Invalides drei Stimmstellen errichtet. Trotzdem vertrieben sich nur ganz wenige Personen zu den Stimmstellen. Die Regierung wird erst am 25. Dezember das Ergebnis bekanntgeben, da in der Zwischenzeit noch gepöblt wird, von einigen Seiten weitere Zeichnungen zu erwarten.

Der französischen Kammer ging eine Vorlage zu, wonach für die Schweizer die Schweizer für Militär, Essens- und Versorgungsarbeiten völlig freigestellt. Alle französischen Bürger sollten gleiche Rechte

und Pflichten haben. Die Preis beauftragt, Callong habe beschloffen, auf die Annahmestelle zu gehen, sobald der Hauptzug für seine Verteilung vorrücken ist.

In Pariser diplomatischen Kreisen verfolgt man mit Interesse den Verlauf der Mission Agassiz, der von der spanischen Regierung beauftragt wurde, eine Untersuchung über die Zustände in den spanischen Bataillonen der französischen Fremdenlegion vorzunehmen. Die bisherigen Ergebnisse haben bereits in Madrid peinliches Aufsehen erregt. Von den ungefähr 4000 Soldaten, die die spanischen Bataillone bilden, sind kaum mehr 200 am Leben, die französische Regierung die Spanien ebenfalls wie die Generallegation in russischerlei Weise überdort als Konsumgüter vornehmlich, wo sie die eigenen Truppen der Gefahr wegen nicht vornehmen will. Da die ärztliche Hilfe für die Fremdenlegion unzureichend ist, sind auch die Verwundeten meistens dem Tode geweiht. Die spanische Regierung will diesbezüglich Besserungen machen.

In einem Artikel des Tages findet sich über die vom Vizekönig von Mexiko gegenüber eingetragene Haltung die Bemerkung: Die Wähler müssen alles mögliche tun, damit jetzt kein endgültiger Bruch zwischen Mexiko und Deutschland zustande kommen kann. Man müßte den Russen bedeuten, daß, da der Waffenstillstand einmal geschlossen ist, sie ein Interesse daran hätten, jetzt freien Frieden zu schließen.

Abtreiber englische Abgeordnete der radikalen Richtung haben ein Memorandum an Lloyd George, in dem sie eine Kriegserklärung der liberalen Partei fordern. Der Schritt scheint mehr gegen die Führer der Partei gerichtet zu sein als gegen die Regierung.

Die englischen Regierungsoffiziale betreffend die Herzeszerstörung enthalten Bestimmungen, wodurch die Einberufung aller jungen Männer von 19 bis 24 Jahren in das Heer, welche bisher aus dem einen oder dem anderen Grunde vom Dienst befreit waren, ausgerufen wird. Weiter werden auch die 15jährigen eingezogen werden. Die Altersgrenze für die Dienstpflicht vom 41. Jahre ab wird nicht erhöht werden. Außerdem arbeitet mit dem Kriegsabitel zusammen und führt die Verhandlungen über die Einberufung über die Einberufung von bisher von der Dienstpflicht befreiten.

Nach den in den englischen Zeitungen veröffentlichten amtlichen monatlichen Verlustangaben betragen die englischen Verluste in den ersten 11 Monaten dieses Jahres vom Januar bis November 932.000 Mann und Offiziere.

Die italienische Kammer erteilte dem Ministerium mit 345 gegen 50 Stimmen die Vertrauensstimme. In derselben Sitzung fand ein nach vorhergehenden Schlußfolgerungen zu einer großartigen Demonstration. Orlando's Schlußrede elektrifizierte fast alle Abgeordnete, sogar viele Sozialisten umarmen und küssen sich. Nitti und Dalio weinen. Sogar Giolitti gratulierte Orlando. Die ganze Kammer schreit: „hoch Italien, hoch das Heer, hoch Ubini!“ Die Rufe stiegen sich auf der Straße fort. Erst nachdem der Tumult vorüber ist, die Abstimmung möglich. Orlando's Eingehen, die militärischen Fraaktionen betrachten die Vizepräsidenten für unzulässig, machte einen ernüchternden Eindruck.

In letzter Zeit wurden bei italienischen Meeresküsten Infanterieeinheiten gefunden, die die Völkerrechtsbestimmungen gänzlich verließen. Sie haben zwei Weite und eine Schrotflinte. Beim Einschlagen wird die Schrotladung auseinandergeschossen und der getroffene Körper in schauerlicher Weise zerfetzt. Die Verletzungen sind durch die portugiesische Revolution abgetreten portugiesischen Soldaten in Paris, daß die Revolution in Portugal von jenen Parteien gemacht werden sollte, die stets den Eintritt Portugals in den Krieg an der Seite der Entente beipflichtet haben, obwohl trotz der Lokalität große Bestrafung. Man befürchtet, daß Portugal dem russischen Beispiele folgend, Anstalten mache, sich zum Krieg zurückzuziehen.

Ein Kongreß der Abgeordneten der Dobrußa in der Stadt Varna hat dem Wägen dieser Provinz Ausdruck gegeben, die mit Bulgarien zu tun haben, von dem sie in der Vergangenheit stets einen Bestandteil gebildet haben.

Was das Berner Loggatt aus Genf bedeutet, ist in der dortigen fernischen Kolonie, der auch fernische Abgeordnete angehören, die Ansicht verbreitet, daß die Könige von Serbien und Montenegro nach dem Eintritt der Waffenruhe an der Offizier in direkten Verkehr mit Österreich treten wollen, um gleichzeitig an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Die Zustimmung der österreichischen Regierung habe sich geweigert, die Zustimmung zu direkten Verhandlungen zwischen König Peter und Rußland zu erteilen. Man habe dem Kaiser des Königs die Erlaubnis zur Reise nach Petersburg verweigert.

Aus Amerika kommen Nachrichten über Spionage und geheime Verabredungen mit dem Feinde. In Brooklyn wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß die Seemannschaft in großen Mengen nach Deutschland über den Atlantik nach dem Riesen der Kommissare, namens Bauer, hat allein für 100.000 Dollar nach Deutschland geschickt; er wurde perhört. fünf andere wurden beschuldigt, militärische Unternehmungen gegen Kanada vorbereitet zu haben; sie wurden zu Geldstrafen bis zu 20.000 Dollar und Gefängnisstrafen bis vier Monaten verurteilt.

### Ukrainische Rada und der Rat der Kommissare.

Die Antwort der Ukraine auf das bolschewistische Ultimatum enthält den Vorschlag eines gütlichen Ausgleichs des Streites zwischen der russischen Regierung und der Ukraine auf Grund folgender Bedingungen:

1. Anerkennung der Rechte der ukrainischen Republik und des ukrainischen Volkes und völlige Nichteingemischung in die Angelegenheiten der Republik.
2. Erfüllung der Forderung über die Ukrainisierung der Truppen und über die Verteilung dieser Truppen von beiden Fronten auf ukrainisches Gebiet.
3. Erledigung der finanziellen Frage und der Frage des Staatsschatzes.
4. Nichteingemischung des Rates der Kommissare, des Hauptquartiers und des Oberbefehlshabers in die Verwaltung der ukrainischen Front, d. h. der ukrainischen und der Südwestfront, sowie die Verhandlung der Friedensfrage unter Teilnahme der ukrainischen Rada.

Die russische Regierung erwiderte hierauf:

In Antwort auf Euren Vorschlag einer freundschaftlichen Regelung des Konfliktes der Ukrainer mit dem Rat der Kommissare, der mit Ermächtigung der Regierung der ukrainischen Volkrepublik gemacht worden ist, hat der Rat der Kommissare eine friedliche Art zur Beilegung des Konfliktes sicher für wünschenswert. Die Regierung der Sowjets hat alles getan, um zu einer friedlichen Lösung der Frage zu gelangen. Was die von der Rada vorgelegten Bedingungen anlangt, Bedingungen, die einen prinzipiellen Charakter wie das Recht der freien Entscheidung der Völker haben, so sind sie niemals Gegenstand der Überlegung oder eines Zwistes gewesen. Denn der Rat der Kommissare erkennt die volle Bewirkung der Prinzipien in den vorgelegten Bedingungen an; er übergeht aber mit Stillschweigen die militärischen Gegenstände des Streit, der darin besteht, daß die Rada die Gegenstände der ukrainischen Rada und Kalesins unterstellt, die gegen die Macht der Sowjets der Bauern, Arbeiter und Soldatenvertreter gerichtet ist. Ein Einverständnis mit der Rada ist nur unter der Bedingung möglich, wenn die Rada ausdrücklich besagt, wobei der ukrainischen Kalesins unterstellt, daß die gegenständlichen Gegenstände der Sowjets und der Rada unterstellt werden.

Der Rat der Kommissare. Gen. Gorkunow.

### Rußlands innere Kämpfe.

#### Die Verfassung der Raketten.

Petersburg, 22. Dezember. (S. T. Z.) Heute beginnt Bramba mit der Veröffentlichung von Dokumenten über eine Verfassung der Raketten gegen die Revolution. Die erste Verfassung betrifft die Auslegung des verstorbenen Privatgenossen Gromow, in dessen Wohnung Hunderte von Russen gefangen wurden, die am angeblichen internationalen Anarchisten untergebracht sind. Gromow erhielt für Verbreitung dieser Aufsätze vom Fürsten Kotschka und seiner Frau Geld. Fürst Kotschka ist Mitglied der Rakettenpartei, seine Frau Kandidatin der Rakettenpartei für die Verfassungsgesamte Versammlung. Die Veröffentlichung der Dokumente wird morgen fortgesetzt.

Abtreiber Angehörige der Vereinigten Staaten sind in die Verfassung der Raketten verwickelt. Unter der Deckung eines roten Kreuzes und mit Beihilfe von der Südwestfront vertrieben die amerikanischen Offiziere Alex. Kamberton und Bertins, sowie ihre Mitkämpfer, die russischen Offiziere Kopschikoff und Terbusch, etwa 20 Automobile und zahlreiche andere Gegenstände nach dem Don zur Verfassung der Raketten zu schaffen. Der Oberst Kopschikoff und seine Helfershelfer sind verhaftet worden. Es wurden Papiere von besonderer Wichtigkeit beschlagnahmt. Es wurde ein Telegramm des Chefs der amerikanischen roten Kreuz-Kommission für Armeen, Oberst Kamberton, aufgefunden, worin der Oberst Kopschikoff, dem Oberst Kopschikoff von Seiten der amerikanischen Roten Kreuz-Kommission 1000 Rubel auszugeben für die Expedition eines Juges nach Nowotz, ferner wurde ein Brief des Obersten Kopschikoff aufgefunden, worin er Kamberton mitteilt, daß 35 Eisenbahnwagen bereit und vollständig beladen für die Reise seien, jedoch augenblicklich durch den Obersten Kamberton an der Reise verhindert seien.

Nach den Äußerungen der Petersburger Hospizler, die nach lange nicht notwendig sind, wurden über 250 Personen bei dem Sturm auf die Weinbotteln und privaten Weineller getötet oder verwundet.

Die Bolschewisten konzentrierten sich, nach einer Meldung der Times, bei Wint. General Kutow ist an der Spitze einer Streitmacht von Kofoten und Lortzen in Ufer angekommen. Er rief nach Garatow und Samara weiter. Kalesin habe erklärt, wegen einer Unbehilflichkeit bei den Truppen an der Front zurückzutreten und seine Interessen denen des Vaterlandes zu opfern. Die Soldaten verweigern ihm den Gehorsam.

Nach einer Janos-Meldung aus maximalistischer Quelle sollen die Berichte von der Einnahme Kotos durch die Kofoten unzutreffend sein.

Aus Moskau gemeldet wird, daß der Komj in Moskau über Kiew den Belagerungszustand verhängt.

Basel, 23. Dezember. (L. U.) Laut dem Dien teils Treth im Baurtagungs einer Gruppe Soldaten an Kofoten mit Die Kommissare sind nach der Unterzeichnung des Friedens zusammengetreten, er fügte hinzu: Wir werden der Konstantine den abgeflohenen Frieden bringen, und wir hoffen, daß sie unsere Politik gutheißen wird.

### Austausch von Kriegsgefangenen mit Frankreich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die in Bern unter dem Vorsitz einer Gruppe Soldaten an Kofoten mit Die Kommissare sind nach der Unterzeichnung des Friedens zusammengetreten, er fügte hinzu: Wir werden der Konstantine den abgeflohenen Frieden bringen, und wir hoffen, daß sie unsere Politik gutheißen wird.

Die deutsche Regierung vertritt den selbstverständlichen Standpunkt, daß bei einem Austausch von Kriegsgefangenen auf beiden Seiten grundsätzlich die gleiche Zahl freizugehen ist, und daß eine Abweichung hierin nur zugunsten franker und verwundeter und allenfalls der ältesten Kriegsgefangenen hätte stattfinden sollen. Demnach hat die deutsche Regierung zwar damit einverstanden erklärt, daß ohne Rücksicht auf die Zahl über 48 Jahre alte Unteroffiziere und Mannschaften jetzt und in Zukunft in die Heimat entlassen, die gleichaltrigen Offiziere in der Schweiz interniert werden. Im übrigen mußte Deutschland auf dem Austausch gleicher Zahlen bestehen.

Frankreich forderte dagegen, daß Austausch und Internierung aller gefundenen Kriegsgefangenen nach dem Verhältnis der Gefangenenzahl folgen; danach hätte Deutschland etwa doppelt so viel Kriegsgefangene wie Frankreich herausgeben müssen. Dadurch wurden die wichtigsten deutschen Vorzüge zu Fall gebracht, wenn beiderseits etwa 20.000 Mann oder weitens je 20.000 Familienmitglieder zur Entlassung gekommen wären.

Durch Frankreichs Schuld ist ein großes menschenschmerzliches Wert verfallen. Inzwischen ist eine Reihe nicht unwichtiger Ab-



Die Grenzen der Ukraine

maßnahmen getroffen worden, durch die die Lage der Kriegsgefangenen wesentlich erleichtert wird. In erster Linie wurde weitens neue Internierungszentren und anderer Kriegsgefangenen vereinbart, zu der sich die wichtigste Regierung in beiderseitiger Weise bereit zur Verfügung stellt, ferner wurde eine Anzahl neuer Grundzüge für die Behandlung der Kriegsgefangenen vereinbart. Weiter sind besonders wichtige Punkte, wie Befreiung von Winterquartieren und Entlassung von Spätkriegsgefangenen außerhalb der Lager ist eine Einigung angeht worden.

Auf Bestreben über Stillinternierte gibt Frankreich trotz mehrfacher Aufforderung nicht ein, jedoch dauern schriftliche Verhandlungen hierüber an. Zeitliche Auswanderer über die Freilassung von überlebenden Kriegsgefangenen wurde von den französischen Unternehmern rund um abgelehnt. Die Folgen dieser Weigerung wird die Bevölkerung des besetzten Frankreich zu tragen haben.



Der Krieg zur See.

Berlin, 22. Dezember. Neue U-Bootschiffe im Spreepiezler an England: 20 000 Kr. u. s. w.

Unter den vorletzten Schiffen bestand ein Vollschiff von über 2000 Tonnen, das mit Geschütz, Maschinengewehr und anderen Kriegsmitteln ausgerüstet war...

Berlin, 23. Dezember. (Kontin.) In den Hochseen, im Kanal, Kanal und in der Ägäis See wurden durch unsere U-Boote vier Dampfer und das englische Hilfskreuzer „Norman“ versenkt.

Seel van Holland, 23. Dezember. (Wiedung der Niederländischen Telegraphen-Agentur.) Drei englische Zerstörer sind in der Nähe des Maas-Mündungspunktes beobachtet worden.

London, 22. Dezember. (Neuter.) Die Admiralsität teilt mit: Der bewaffnete Hilfsdampfer „Stephan“ wurde von einem deutschen U-Boote am 19. Dezember versenkt.

Berlin, 23. Dezember. Unter den Abwehrmitteln, die unsere Flotte gegen die Unterseeboote erfinden haben, nehmen die Wasserbomben einen großen Raum ein.

Berlin, 23. Dezember. Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat am 19. November im Unterhaus die bestimmte Behauptung aufgestellt, daß 11 U-Boote versenkt worden.

Wenn diese Angabe bisher unwiderproben blieb, so bedeutet dies keineswegs stillschweigende Zustimmung...

T. U. Laguna, 23. Dezember. Der Gesalo vom 19. Dezember mehrt: In der Mitte der gefangenen Soldaten ist auch der Tod des Oberstleutnants August Tietz angegeben.

Der deutsche Tagesbericht.

Grotes Hauptquartier, 23. Dezember. (Kontin.) Westlicher Kriegsausplatz.

Der französische Angriff auf die Westfront hat sich im Wesentlichen auf die Maas-Mündung beschränkt.

Die Tagessieger in vielen Abschnitten sehr stark. In der Gegend von Sedan sind die französischen Truppen zurückgedrängt.

Westlicher Kriegsausplatz. Keine Neuigkeiten. Mazedonische Front. Die Ostfront ist ruhig.

Italienischer Kriegsausplatz. Ein Vorstoß der Italiener gegen die Höhen westlich von Monte Masele.

Der österröische Generalsstabbericht. Wien, 23. Dezember. Amtlich wird bekanntgegeben: Westlicher Kriegsausplatz. Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen wurden am 22. d. M. 4 Uhr nachmittags in Triest-Ellwitz eröffnet.

Italienischer Kriegsausplatz. Infolge unglücklicher Witterung und Sichtverhältnisse blieb die Gefechtsfront im allgemeinen ruhig.

Der Chef des Generalstabes.

hätten. Das Maß der fittlichen Berührung dabei kann in Stadt und Land bei Verbrauchern wie bei Erzeugern ein verschiedenes sein.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Der Ernährungsbericht des Reichstages beschäftigt sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Rohstoffe, Kleid- und Karstoffherstellung.

Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik. Die Ernährungsfrage ist eine der wichtigsten in der Ernährungspolitik.

Denen die Aufsicht des Ministers, seinen Stab sowie mit ihm die üblichen Stabsabteilungen oder anderen Geschäften betraut werden.

Das die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Die Weisungen und Verfügungen eines Auftrags tragen, der sie als solcher fernerhin nicht nötig.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Aus einem konservativen Eldorado.

Der Reichstagswahlkampf ist bekanntlich eine Angelegenheit, die in der Reichstagswahlkampf eine wichtige Rolle spielt.

Gegen den Stat.

Bei der Wahlbestimmung über den Haushaltplan für den Zeitraum vom 1. April 1918 bis zum 30. März 1919...

Orientierung in den Kleinstaat.

Der Landtag des Fürstentums Lippe hat in seiner am 21. Dezember beendeten Sitzung auf eine Anregung der Regierung...

Ein Eingeklinkt.

In ihrem Klinken über die innere Politik der Lippe bezieht sich die Kreuzzeitung auf den Ministerpräsidenten...

Postalische Vorkrisen.

Künftig werden in großer Zahl Weisungen und Verfügungen des Reichstages in der Postverwaltung...

Aus aller Welt.

Das Grenzschutz bei Kaja. Nachdem beim Kaja die Grenzschutz bei Kaja...

Schiffswaage. Am 22. Dezember. Ein großes Schiff wurde am 22. Dezember...

Eisenbahnunfall. In der Gegend von Leipzig ist am 22. Dezember ein Eisenbahnunfall...

Was Wäldern erziehen. Die Wäldern erziehen die Wäldern erziehen...

Angeltung. Berlin, 23. Dezember. (Kontin.) Heute vormittag wurden auf der Angeltung...

Letzte Nachrichten.

Wien, 23. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Gegenüber...

Washington, 23. Dezember. (Neuter.) Die Verwaltung hat die Verwaltung...

Washington, 23. Dezember. (Neuter.) Die Verwaltung hat die Verwaltung...

Washington, 23. Dezember. (Neuter.) Die Verwaltung hat die Verwaltung...

Washington, 23. Dezember. (Neuter.) Die Verwaltung hat die Verwaltung...

# Der agrarische Gegenangriff.

Nach dem ersten verlegenen Schwünge über die bloßstellenden Entwürfen der Neuföllner Denkschrift hat der agrarische Gegenangriff einsetzt. Man hat hinter den Kulissen beraten und Taktik und Methode des Angriffs festgelegt. Für die nächste Zeit ist in diesen Kreisen erachtet, den peinlichen Einwand der Neuföllner Darlegungen abzuwehren, dafür legt Zeugnis ab die Deutsche Tageszeitung, die zwar noch immer nicht den Text der Denkschrift, auch nicht im beiseitigen Auszug veröffentlicht, dafür aber binnen zwei Tagen vier Artikel gegen die ihren Verleumder bekannte Denkschrift absetzt.

Das Kriegsgeschehen, mit dem die konterbait-agrarische Presse die sprechenden Angaben der Neuföllner Denkschrift überstreuen will, lautet etwa folgendermaßen: „Nicht das System Baidow ist zusammengebrochen, sondern das System des Staatssozialismus, das die Arbeiter gequält haben.“ hat Bankrott gemacht. Alles, was die Neuföllner Denkschrift enthält, sind die Auswüchse und Schaalenreste des sozialistischen Systems. Wir, die Konterbaiten, haben immer zuvor gewarnt. Nur die Wiederherstellung des freien Handels, die Abschaffung aller Zwangsmassregeln kann uns retten.“

Wenn die Sache nicht so ernst und folgenreicher wäre, man möchte den Herren ihren Wunsch erfüllen, nur um sie einmal gründlich ab absurdum zu führen. Die Folgenreichkeit nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung läßt sich ohne Phantasie leicht ausmalen: die jetzigen Wucher- und Schleichhandelspreise werden die Normalpreise auch für die bisher rationierten und unter Schlichtpreis gestellten Lebensmittel. Für ein vierfünftiges Brot zahlt man 5 M., für ein Pfund Fleisch 8—10 M., Butter kostet 20 M., das billigste Gemüse pro Pfund 0,50—1 M., Kartoffeln 15—25 Pf., das Pfund uhl. Diese Preise gelten dann allgemein, für billigeres Geld ist auch nicht eine Krume mehr zu haben.

Weitere Folge: Da die Konterbaiten auf ihren Produkten enorm verdient, hat auf dem Lande kein Erzeuger nötig, sich irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen. Er braucht nur einen Teil der Produkte zu verkaufen, um Geld in Höhe und Fülle zu haben, daneben kann er mit Familie sich satt essen und trinken wie in Friedenszeiten. Dagegen in der Stadt: Reiche Leute leben im Überflusse. Da das Handwerk ja nun nicht einmal mehr verboten und gefährlich ist, hat jeder Millionär und Kriegsgewinner Küche und Keller voll Schinken und Speckereien, die ihm der „legitime Handel“ befoht hat. Der mittlere Teil der Bevölkerung läßt sich mühsam und kümmerlich durch, indem er kein ganzes Vermögen für Nahrungsmittel ausgibt, die große Masse aber hungert nicht nur, sondern verhungert auch tatsächlich. Man oder wird sich niemand einbilden, daß sich 30 oder 40 Millionen verhungerte Menschen irgendwo in eine Ecke setzen. Male man sich ihren Prozeß wie man will: wir hätten binnen noch nicht vier Wochen in Deutschland die völlige Katastrophe, den Zusammenbruch gründlicher als in Rußland und damit die deutsche Niederlage, den totalen Verlust des Krieges. — Wenn es nicht diesen Preis kostete, man möchte wahrhaftig einmal auf vier Wochen das Experiment mit dem freien Handel machen, nur um den Herren von der Deutschen Tageszeitung ein für allemal den Mund zu stopfen.

Nun aber zu dem Vorwurf, der Staatssozialismus hätte Bankrott gemacht, denn das System Baidow sei nichts als die Fortsetzung des Systems Baidow, der auch nicht das sozialistische System erfunden hätte, sondern nur es von den Herren in folgender Weise dargestellt. Die Abhängen und Abgaben für Abgabepflichtige mit den Anfangsbuchstaben

Befanntmachung.	
A und B bis Bedmann	am 2. Januar 1918,
Rechts bis Traubendorf	3
Bredd bis B. Schlus und C	4
D und E bis Eppner	5
Erbe bis E. Schlus und F bis Traubendorf	7
Freese bis F. Schlus und G bis Gottsmann	8
Grabbaum bis G. Schlus und H bis Gänlein	9
Hehab bis Gänlein	10
Hobus bis H. Schlus	11
J und K bis Kappel	12
Kiefer bis Kottwitz	14
Kraay bis K. Schlus	15
L	16
M	17
N bis O	18
P bis Q	19
R bis Rottig	21
Ruda bis R. Schlus und S	22
Schaf bis Schotter	23
Schäfer bis Sch. Schlus	24
St.	25
T bis V	26
Waage bis Weyrauch	28
Wichert bis W. Schlus	29
Z	30

Die Steuerliste befindet sich Rathausstraße Nr. 6, 2 Treppen, Zimmer 125, und ist Mittags von 9 bis 3 Uhr geöffnet. Da die Entrichtung der Abgabe gleichzeitig bei der Anmeldung zu erfolgen hat, ist die Verlegung der Anmeldung durch die Post unzulässig. Die Stempelabgabe wird in diesen Fällen ohne Erinnerung zwangsweise eingezogen. Zu den Anmeldungen sind nur amtliche Vortrude zu verwenden.

Halle, den 20. Dezember 1917.

Wachmannsche Steuerstelle für den Stadtfreis Halle.

**Wollene Kleider- und Kostüme**  
 Möbelstoffe - Anzugstoffe - Sammete  
 finden Sie noch in großer Auswahl [2968]  
 im Kaufhaus H. Elkow, Leipziger Straße 87.

„Es ist nicht der Gehalt des Kriegsgeschehens, der mit dem System Baidow zusammenbricht? Das System Baidow“ wenn man es von System sprechen darf, nur noch in Wahrheit getreten von heimlicher Gewerkschaft gegen den Kriegsgeschehen. Es ist doch — nicht alles nur in allem — darauf hinaus, das System Baidow, das selbst ein immer mehr lüdenhaftes, fühlbares, darum unzulängliches und immer mehr verfallendes System von Kriegsgeschehen war, nach fühlbarer und lüdenhafter, also notwendigerweise noch unzulänglicher zu machen.“

Das trifft ins Schwarze. Um den ganzen Widerwillen eines Baidow gegen den Kriegsgeschehen zu begreifen, den die Verhältnisse und Empfinden gewohnheitsmäßiger Widerstand leisten müßte, denke man doch an folgendes: Die Deutsche Zeitung entdeckt jetzt ein einmal die kolossal neue Wahrheit, daß eine Organisation, wie sie zur Lösung der Lebensmittelfragen erforderlich wäre, sich nicht aus dem Boden stampfen ließe. Sehr richtig, und besonders nicht, wenn man sie vorher in den Boden gestampft hat. Wie leicht ließe sich jetzt die Lebensmittelverteilung vorziehen, wenn die ganze Masse der Bevölkerung konjunktionsgenossenschaftlich organisiert wäre. Man könnte dann die ganze Masse der Waren einem bis ins kleinste fertigen und durch aus schlagemäßig geschulten, dabei völlig unegoistischen Verteilungssysteme übertragen, anstatt sie unter eine große Anzahl von Händlern zu zerstreuen, bei denen oft genug die Gefahr eigenmächtiger Verdrängung der zugestellten Waren besteht.

Und diesen Apparat könnte man zu Beginn des Krieges gehabt haben — denn das konjunktionsgenossenschaftliche Prinzip hätte sich im ersten Weltkriege dem Prinzip des freien Handels als durchaus überlegen erwiesen — wenn nicht eben jahrelang der Staat seine ganze Macht dazu verwendet hätte, dieses überlegene Prinzip niederzutreten. Die Konjunktionsgenossenschaft wurde betrachtet als eine Art staatsverdrängendes und hochverrätherisches Unternehmen, man suchte die Aberrantentwicklung unserer Volkswirtschaft durch Sondersteuern zu hintertreiben, man verbot Beamten usw. den Beitritt.

Nun bedanke man, daß auch Herr v. Baidow sicher noch bis 1914 eifrig in dieser Bekämpfung der Konjunktionsgenossenschaft mitgegangen hat, und betreibe die Empfindungen des Mannes, der selber plötzlich gegen den freien Handel auftreten soll. Die Folgen haben wir ja erlebt: überall sind aus allgewohnter Mühseligkeit, bald gegen die Produzenten, bald gegen den freien Handel Läden und Hinterläden gelassen worden. Es war schon so, wie die Tagl. Rundschau es andrückt: Unter der Maske des Kriegsgeschehens machte man heimlich die Gewerkschaften des Sozialismus. Wir behaupten: die schreienden Zustände, wie sie die Neuföllner Denkschrift enthält, wären unmöglich, wenn man statt Sozialismus wirklich Sozialismus gemacht, nach den Forderungen der Sozialdemokratie nämlich Lebensmittel kostenlos beim Erzeuger erbracht und danach von Staats wegen verteilt hätte.

Man braucht bloß eins zu bedenken: Wenn es keinen Wohl, kein Saatgetreide, keine Futtererfollen usw. mehr im freien Handel gibt, dann kann jede Kofffabrik, die ein Privatvermögen hat, sofort beschlagamt werden. Die Eisenbahn ist ja nun Gott im Dank so gut wie ganz in Staatsbesitz. Das Eisenbahnpersonal braucht nur zu wissen: alle Lebensmittel gehören dem Staat, Lebensmittel in privater Hand gibt es nicht, denn ist aller Schieber das Handwerk geleert. Es können dann vielleicht noch einzelne Kleinhandlauer einen Rest voll Karzoffeln oder ein

Stück Butter in der Kellertische durchschmuggeln, daran wird die Volkswirtschaft nicht zugrunde gehen. Aber das ist dann unmöglich, das irgendein Schieber (in Zivil nennt er sich legitimer Händler) 50 Winternagen mit Weisfloh oder Mähren belädt und Gott weiß wohin fährt. An dem Tage, an dem die Eisenbahnverwaltung ersackt: Sendungen von Lebensmitteln und Futtermitteln aller Art werden nur noch ab befördert, wenn als Baidow der eine zugelassene staatliche Verteilungssysteme figuriert, an diesem Tage ist die Großhändlererei mit einem Schlag um möglich gemacht.

Das hat die Sozialdemokratie, das haben die Arbeiter gemocht. Aber Herr v. Baidow hat das Gegenteil davon getan. Und an der einfachen Feststellung, daß die Sozialdemokratie die rechtliche Erfindung und Verteilung der Lebensmittel gefordert hat, scheitert auch die milde Hege, die jetzt die agrarischen Blätter, voran Deutsche Zeitung und Deutsche Tageszeitung, gegen die Munitionsarbeiter inszenieren. Diese seien — so heißt es dort — schon an den jetzigen Zuständen, sie hätten sich besonders Julagen auf Kosten des Volkspanens „erpreßt“, sie hätten wohl die Nationen haben wollen, aber für andere, um selber als „falle, wertvollerer Schmerverdiener“ (so die Deutsche Zeitung) zu profieren.

Das ist, ganz gesagt, eine nichtsüberbilde Verleumdung. Daß die Munitionsarbeiter erhöhte Rationen zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft brauchen, hat bisher ebensowenig jemand bestritten, wie daß die Nationen der Soldaten in Felder über sein müßen, als die eines Redaktors, der Deutschen Tageszeitung. Die Munitionsarbeiter selber haben aber nie etwas anderes verlangt, als daß dieses höhere Bedürfnis von unparteiischer Seite festgestellt und daß dementsprechend das Verhältnis ihrer Rationen zu denen der übrigen Bevölkerung angepaßt würde. Der Mollenanlauf der Lebensmittel ist ja gar nicht von ihnen ausgegangen, sondern von den Werksleitungen, und stellt sich letzten Endes als ein kapitalistisches Konkurrenzverhältnis dar, um die Arbeitskräfte an den eigenen Betrieb zu fesseln.

Es ist möglich, daß sich infolge dieser gegenfeitigen Konkurrenz der Unternehmer eine Anzahl Munitionsarbeiter besser gefanden haben, als sie sich bei gerechter Verteilung aller Lebensmittel gefanden hätten. Aber um so mehr ist es dann ein Eigentümlich der sozialistischen Munitionsarbeiter, daß sie gleichwohl für die rechtliche Erfindung und Verteilung sämtlicher Lebensmittel eintraten, also für ein System, das auch Schiebungen zu ihren Gunsten unmöglich gemacht hätte.

Die Arbeiterklasse ist eben auch heute noch der Ueberzeugung, daß bei einer rechtlichen Erfindung und gerechten Verteilung sämtlicher Lebensmittel jedermann in Deutschland satt werden könnte, und daß sich damit auch die Schmutz nach unethischen Julagen leicht verfeinern würde. Das System Baidow geht aber davon aus, die Nationen so klein zu halten, daß der einzelne bei Strafe des Verhungerns gezwungen wird, nach heimlichen Zufüllungen Mühselig zu halten. Doch niemand verhungert und eine Masse Menschen ihre „Quellen“ haben (freilich in sehr verdrängendem Maße), beweist, daß die Substanz für die Erhebung der Nationen vorhanden ist. Der Unterschied des Systems Baidow gegen das sozialistische System besteht nur darin, daß bei wirklichen Sozialismus auch die armeite Hälfte der Nation gleichmäßig und ergründlichen Preisen verteilt würde, während sie unter dem System Baidow durch Wuchererhande geliebt, im Verborgenen dem jahmstänigen Substitut aufliest. Dieses System Baidow, nicht das sozialistische System, hat Bankrott gemacht und muß verdrängen. (Vorwärts.)

**Alte Promenade 11a Fernruf 5738** **UT** **Leipzigstraße 88 Fernruf 1224**

**Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt!**  
 Ein Roman aus Großschiffahrtskreisen in 5 Akten.  
 „In Gasten des Deutschen Hallenvereins.“  
 Der eigens hierzu verfaßte Vorschwur wird zu Beginn der Abendvorstellungen durch die Opernsängerin Julie Stefany vortragen.  
 Beginn der Vorstellungen: 3,00 5,00 7,00 9,00

**Glück muß ein junger Mensch haben.**  
 Ein heiteres Spiel.  
 Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt

**Stuart Webbs**  
 18. Abenteuer  
**Der Todesstern**  
 4 Akte.

**Viggo Larsen**  
 in: **Lehrer Matthiesen.**  
 Drama in 4 Akten.  
 Nach dem bekannten Roman von Hans Hyan.

Beginn: Sonn- und Feiertags 3 Uhr.

**Thalia-Theater**  
 Dienstag, den 25. Dez. 1917 (1. Weihnachtsfeierabend) nachmittags 3,30 Uhr  
**Seimat**  
 Schauspiel von Herrn Gabermann. abends 7,30 Uhr  
**Benion Schöller**  
 Schwank von Jachob und Leuz. Mittwoch, den 26. Dez. 1917 (2. Weihnachtsfeierabend) nachmittags 3,30 Uhr  
**Die Herren Söhne**  
 Lustspiel von Wallter und Eten. abends 7,30 Uhr  
**Der Knab der Bahnerinnen**  
 Schwank. Franz. Lustspiel. Donnerstag, den 27. Dez. 1917 (3. Weihnachtsfeierabend) abends 7,30 Uhr  
**Die Schmetterlingsohne**  
 Komödie von Herrn Gabermann.

**Stadt-Theater**  
 Dienstag, den 25. Dez. 1917 (1. Weihnachtsfeierabend) nachmittags 3,30 Uhr  
**Freudenversteigerung**  
 zu ermäßigten Preisen  
**Wiener Blut**  
 Operette von Joh. Strauß. abends 7,30 Uhr Ende 10,15 Uhr  
**Die verkaufte Braut**  
 Komische Oper von Smetana. Mittwoch, den 26. Dez. 1917 (2. Weihnachtsfeierabend) nachmittags 3,30 Uhr  
**Freudenversteigerung**  
 zu ermäßigten Preisen  
**Der Trompeter von Säckingen**  
 Oper von Heffler. abends 7,30 Uhr Ende 10,30 Uhr  
**Die Gledernau**  
 Operette von Joh. Strauß. Donnerstag, den 27. Dez. 1917 (3. Weihnachtsfeierabend) nachmittags 3,30 Uhr  
**Kinder-Versteigerung**  
 zu ermäßigten Preisen.  
**Waldenbrödel**  
 Märchen von Görner. abends 7,30 Uhr Ende 9,30 Uhr  
**Die toten Augen**  
 Oper von Eugen d'Albert. Freitag nachm. abends 7,30 Uhr  
**Waldenbrödel**  
 Lustspiel abends 7,30 Uhr  
 Mit: Heibelberg.

**Zoo**  
 Reicher Tierbestand.  
 Am 1. u. 2. Weihnachtsfeierabend, nachm. 3 Uhr  
**Fest-Konzert**  
 vom Göttinger-Orchester  
 Leitung: Kapellmeister H. Winkler.  
 Eintrittspreise: (6930) Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.

**Als Schneidemeister**  
 empfiehlt sich für alle notwendigen Arbeiten, wie auch Wenden, Wenden von Herren u. Damengarderobe.  
**O. Heimsath & Sohn,**  
 Stein 19.

**„Schmelzers Höhe“**  
 Elshendorferstr. 19  
 Waschlager des beliebten Gärberbräu, Münchener, und Wilsener der Brauerei Fr. Günther.  
**Familienverkehr — Treffpunkt für Stater.**  
 Werte Freunde und Gäste ladet freundlich ein Familie Fr. Gummer.



## An unsere werten Abonnenten!

Die kolossale Aufwärtsentwicklung der Papierpreise sowohl als derjenigen sämtlicher Materialien, welche zur Herstellung einer Tageszeitung notwendig sind, verbunden mit der Erhöhung der Setzer- und Druckerlöhne machen es uns zur gebieterischen Pflicht, vom 1. Januar an den Abonnementspreis der Volksstimme von 80 Pf. auf

1. M. pro Monat

zu erhöhen.

Gemessen an den in Betracht kommenden Herstellungskosten einerseits und den Preiserhöhungen für sämtliche Erzeugnisse des Wirtschaftslebens andererseits kann nicht behauptet werden, daß in dieser Erhöhung des Abonnementspreises das Lebensbedürfnis des Publikums einer zu hohen Belastung ausgesetzt wird.

Sämtliche Zeitungen von Halle nicht nur, sondern von ganz Deutschland müssen in Interesse ihrer Existenz solche oder noch größere Verteuerungen vornehmen.

Wir hoffen deshalb auch, daß unsere Abonnenten und Freunde der Volksstimme ihre Sympathie und Treue bewahren werden und sich gegenüber der Volksstimme so auszusprechen, daß dieselbe dem Bedürfnis ihrer Leser gerecht wird.

Die bevorstehenden Feiertage aber müssen von unseren Gewinnungsbeamten dazu benutzt werden, der Volksstimme immer mehr neue Freunde, Leser und Mitstreiter zuzuführen.

Verlag und Redaktion der Volksstimme.

## Winter Sonnenwende - Weihnachtsfest!

S. A. R. Weihnachten — es ist jetzt Zeit von gestern und heute; es ist ein Zeit, das durch die Jahrtausende, sei es durch Religion und Aberglauben, sei es durch die stille rückende Poesie allgemein menschlichen Empfindens und Erlebens eng mit der menschlichen Seele verbunden war. Es blieb lebendig, während entscheidende große religiöse Entwicklungsstufen vergingen, rief es fast unzertrennlich herüber geschichtliche Germanentum und christliches Mittelalter bis in das Gefühlleben modernen Nichtchristentums. Schon unter vornehmsten Romabergverhältnissen, als die Mitvorbereiter der geschichtlichen Germanen noch nicht auf der Ackerbaustufe angelangt waren, noch nicht von Naturgewalten sich abhängig fühlten, die segnend oder vernichtend des Lebens Bedingungen bedrohten, glaubten sich die Menschen von übermächtigen Geistern, Göttern und Dämonen, den Seelen der Verstorbenen, bedroht. Der Glaube daran ging darauf den Germanenglauben an die in göttlichen Personen verkörperten Mächte der Natur, an Wotan, Donar, Baldur usw. Von uralten Zeiten her aber sind in der Nacht und der Dunkelheit die Götterwelt am mächtigsten gewesen; und wenn die Nacht und Dämmerung am längsten waren, war die Not am größten, sich vor diesen dämonischen Wesenheiten zu bewahren und ihren bösen Einfluß durch Licht und allerlei Segenswunsch des Aberglaubens und -rites an den allwissendsten Lichtgöttern und -göttern an den allwissendsten Winterfesten sind vom uraltesten Götterglauben abzuleiten. Dem Licht schrieb man allgemein gegenwärtige Wirkung zu; vor allem, als das Licht der unbefleckten Sonne, die nun nach dem kürzesten Tag im Jahr wieder langsam höher stieg, es war, die nicht nur die Mächte der Nacht besiegte, sondern den Fleiß der Menschen segnete und ihre Feinde wunden ließ. Immer stärker iosephete sich da wirtschaftlicher Beweggrund in der Festzeit der Winter Sonnenwende wieder, als die Germanen zum Ackerbau gelangt und ihre wichtigsten Lebensbedingungen auf die Lebensbindung des Winters und den Beginn der warmen sonnigen Jahreszeit eingestellt haben. Noch aller Menschheit war das herrliche Sonnenlicht eine der größten Ergänzungen. So lange es niederstrahlte, brüden und die Sorgen weniger, fallen wir freudigeren Mut zum Kampf des Lebens — wieviel mehr die Menschen einer einfacheren Zeit, für deren Lebenskampf unsere fortschrittlicheren Ertragsverhältnisse nicht

vorhanden waren. Den akerbau treibenden Germanen waren die „Zwölften“, die zwölf heiligen Nächte vom 25. Dezember bis 7. Januar, eine hochheilige Zeit, in der sie den Druck von sich toten, worin Freude und Hoffnung die Herrschaft führten. Denn das war der Sinn ihres Juletages! Und als das Christentum dann den alten Germanenglauben ablöste und seinen Lichtgott entthronte, wurde Christus der Held des Zwölftages und der Wintermonatsende, der neue Lebens- und Frühlingsbringer!

Das erste Frühlingsfest hat das Weihnachtsfest am 6. Januar im Erdboden gleich gemacht. Erst im Jahre 836 begegnet man dem 25. Dezember als dem festlich festgesetzten Geburtsfest Jesu. Und erst um 854 bis 860 ist dieser Tag als festliches Weihnachtsfest festgesetzt worden. Der Weihnachtsabend aber kam erst in später Zeit aus Deutschland auf. In der Reformationszeit hat man ihn noch nicht gefeiert. Erst aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts findet man ihn in alten Schriften für Stralburg erwähnt. Noch ohne Lichter. Erst seit einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eroberte er sich in seiner jetzigen Gestalt die Welt.

Und allerwärts zieht es auch den modernen Anhänger unserer Bewegung in seinen lieben Zauber. Zeigt nicht auch jedem von uns verklärtes Erinnern aus verchiedenen Jahren, die nun eng zusammenhängen, auf? Weinen nicht auch so viele — auch von uns unter seinen Äußerungen, weil ihnen wie durch einen feinen klugen Schleier die Jüge derer erscheinen, die es einmals unter sich vereinigten? Ein viertes Weihnachtsfest unter Krieg und Streit! Riß es nicht auch jedem von uns träumerische Sehnsucht und kämpferisches Geloben nach Licht- und Weltenerneuerung aus? Weihnachtsfest ist nur lebendig geblieben für das Menschheitsganze, weil es ein Fest der Seele ist jenseits vom Glauben.

## Weihnachtslied.

Vom Himmel in die tiefsten Klüfte  
Ein milber Stern herniederdracht;  
Vom Tannenwald heigen Düfte  
Und hauchen durch die Winterlüfte,  
Und fergenhelle wird die Nacht.

Wir sitz das Herz so froh erlöset,  
Das ist die liebe Weihnachtszeit!  
Neh ihre fernster Kirchenglocken  
Nah lieblich heimlich verlocken  
In märchenfülle Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder,  
Anbetend, staunend mich ich stehn;  
Es sinkt auf meine Augenlider  
Ein goldner Sterntraum hernieder.  
Nah fühl's: ein Wunder ist geschehn.

Theodor Storm.

\* Der neue Einheitsfuß kommt! In den nächsten Tagen werden, wie bereits berichtet, größere Mengen des neuen, unter der Leitung des Lebensmittelamts des Reichsanwalts, hergestellten Einheitsfußes zum Verkauf gelangen. Er hat nichts von der Bierlichkeit, Eleganz und Heilsigkeit der früheren Strahlenhiesel an sich. Sowohl die Beber, wie Tüchlein, die Perren- und Damenhiesel schmücken, fehlen, ebenso die Beberhosen, die anderen Bekleidungsgegenstände, die man sich anziehen muß. Er ist ein roher, plumper Gefelle, ungefehlter und wenig abgerundeter, dünner und auch, der bewachte Fuß nicht unangenehm genug drücken und belästigen wird. Die Schuhe sind aus imprägniertem Papiergewebe hergestellt, teilweise wurden auch alte Soldatenmäntel und Anzüge, Stoffschals, Planjackett und ähnliche Dinge, soweit sie von der Landesverwaltung zur Verfügung gestellt wurden, verwendet. Das Vorderblatt besteht aus Leder, ebenso der Rand und die Kappe. Bei den sogenannten besseren Einheitsfußes bilden schmale Lederstreifen, die an den Schäften hochgehen, eine kleine Verzierung. Die Sohlen bei den Schuhen sind durchweg aus Holz gefertigt. Die sogenannten Berufsfuß für die Arbeiter haben gefüllte Sohlen, die aus Holzschichten bestehen. Diese Sohlen werden, je nach Größe, etwa 17 bis 22 M. kosten, während für die Stiefel mit gefüllten Sohlen ein kleiner Preiszuschlag vorzusehen ist. Weich sind die Kinderhiesel gefertigt, die etwa 10.70 bis 13 M. kosten, während die bemittelte Bevölkerung dünner gefüllte und leichtere Gefellenfüße ohne Nagelbesatz erhält. Die Holzsohlen werden eine Lebensdauer

von vier bis fünf Wochen haben. Sie sollen den Fuß warm und trocken halten und sind billig zu erlangen, da neue Sohlen zum Preise von 60 Pf. bis zu 1 M. überall zu haben sein werden. Auch diese Einheitsfüße werden aber nur gegen Beugungsfälle abgegeben, das mit niemand die neuesten Erzeugnisse der Kriegsindustrie hamken kann!

\* Weihnachtsbescherung. Die Zigarettenfabrikanten-Vereinigung hält ihre Weihnachtsbescherung, die nur kurze Zeit in Anspruch genommen wird, am 25. Dezember, bei dem Eintritt in der Kaiser-Wilhelms-Halle ab. 1. Beierung 1 Uhr vormittags ab. Gönner und Freunde sind herzlich dazu eingeladen.

\* Finanzliche Reichsanwaltschaft bei der Kohlenversorgung. Der Bundesrat hat die Gewährung von Reichsmitteln zur Unterstützung der milderbemittelten Bevölkerung bei der Beschaffung von Kohlen genehmigt. Es handelt sich hierbei um den am 12. Oktober im Reichstag eingebrachten Junitat Antrag, betreffend Abänderung des Kohlenverordnungs vom 8. April 1917, zu dem folgende Ergänzung hinzunehmen war: „Den Herrn Reichsanwalt zu erlauben, aus Mitteln des Reiches über die Dauer des Krieges und des dem Friedensschluß folgenden Jahres den Betrag von 30 Millionen Mark jährlich den Kommunalverbänden und Gemeinden zur Verfügung der milderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für ihren Hausbedarf erforderlichen Kohlen zur Verfügung zu stellen.“ Dieser Antrag wurde dem Abgeordneten sämtlicher Reichstagskammern unterzeichnet. Der Bundesrat hat nun beschlossen, daß die Reichsbank die einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Materialbeiträge zu gewähren ist. Die Bundesstaaten ihrerseits nehmen dann die Verteilung der Beihilfen an die Kommunalverbände und die Gemeinden vor.

\* Die Tage werden wieder länger. Am 22. Dezember, vorigen Sonnabend, hat bereits der astronomische Winter begonnen. Die Sonne tritt um diese Zeit am Tierkreisbilde des Störchens in das des Störchens, nach dem am allen Brauch festhaltenen Volksalmanach allerdings am den Zeichen des Schützen in das des Steinbofs. Um 10 Uhr 46 Minuten vormittags an diesem Tage erreichte die Sonne in ihrer schwebenden Bewegung den tiefsten Stand, 23 Grad 27 Minuten südliche Declination. Die Weihnachtstag, die der kürzeste Tag hat, wird dann am nächsten von ihren Strahlen erwärmt, weil diese wegen der schrägen Stellung der Erdoberfläche die längste Strecke durch die Luft abstrahlenden Atmosphärenschichten zurücklegen müssen, bevor sie die Erdoberfläche treffen. Die Erdoberfläche ist nunmehr durch die die Tagelänge die größte Wärme von der Sonne, denn schon neun Tage später, am 1. Januar, befindet sie sich in ihrer Sommernähe, in der die Strahlung um ein Fünfteljahr stärker ist, als in der Sommerferne Anfang Juli. Erst nach Wintersonnen, meist um die Jahreswende, nimmt der meteorologische Winter bei uns seinen Anfang, obwohl er gelegentlich schon vorher, wie im gegenwärtigen Jahre, bereits am 25. Dezember, vorüber ist.

\* Die Kälte, die während der letzten Tage herrschte und das nachts bis 11 Grad unter Null erreichte, scheint endlich etwas weichen zu wollen, wenigstens geschieht das zu der Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben. Und das ist gut so. Vor dem Kriege lag man nach einem solchen Kälteerfall kaum hinaus. Da wurden einfach ein paar Kohlenfeine mehr angelegt und die Differenz war behoben. Jetzt ist das aber ganz anders! Vor heute durch verklärtes Helgen der eintretenden Kälte Herr werden müß, läuft Gefahr, eines schönen Tages sein Heizmaterial mehr zu haben. Mit langen Gebläsen sieht der Hausvater aber die Hausvater, wie die beherrschtesten festgelegten Zentner Reichs der Kohlen zulehends zusammenzukumpfen. Es muß jetzt wirklich überlegt werden, ob der Ofen noch eine „Beschädigung“ erhalten darf oder nicht. Dazu kommt, daß sich infolge des Festmangels das Frostgefühl beim Menschen erhöht. Selbst im Bett, das jetzt viel früher als sonst aufgelagert werden muß, gibt es keine rechte Erwärmung. Zudem trägt der feuchte Nebel, der während dieser Tage herrscht, noch dazu bei, die Kälte weiter erkennen zu lassen. Aber wie schon gesagt, es will bereits heute die Menschheit kann also ein wenig aufgeben und braucht sich vorläufig noch nicht darum zu sorgen, daß woher werden könnte, was für die Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung: Wir müßten unter Umständen Weihnachten in der kalten Saale sitzen!

\* Errichtung eines Frauenzentrums. Das hiesige Diakonissenhaus hat in seiner letzten Vorstandsung beschlossen, ein evangelisches Frauenzentrum für innere Mission und soziale Arbeit zu gründen, und hofft, die Schule am 1. Oktober 1918 eröffnen zu können.

\* Erweiterung der Anzeigentafel. Mit Rücksicht auf die erhebliche gestiegenen Ausgaben der Anzeiger für Gehälter, Löhne, Preisen, Material, Papier, St. Bindungen usw. soll ferner von den Bundesregierungen bestimmt werden, daß die Anzeigertafel vom 1. Januar 1918 an einen Verweigerungszuschlag von 20 Pf. zu dem Anzeigepreis erheben dürfen. Von diesem Zuschlag sollen aber ausgenommen werden fabrikmäßig hergestellte Zurechnungen, die nur in Originalausfertigung abgegeben werden können, sowie die aus außerhalb der Anzeigertafel veröffentlichten Anzeigentafel, soweit sie unermittelt und ungeteilt abgegeben werden.

\* Zur Entgegennahme von Lebensanzeigen hat die Bureau der Staatsdruckerei am 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) und am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) vormittags von 8½ bis 9½ Uhr geöffnet.

## Rosi Zursüß.

45) Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Eherr. (Nachdruck verboten.)

Oh, das war eine schmerzliche Erinnerung für die arme Rosi. Wie war alles, alles anders gekommen, als sie damals getrunken, gebohrt, gelacht!

„Untere Socheit! Es ist ja wahr!“  
Sie schaute betroffen auf, und innigstes Mitleid schmolz ihr Herz, als sie bemerkte, wie gebengt der einst so stattliche Mann vor ihr stand und wie er nur noch so in seinen Kleibern hing.

„Roi, Ruudi“, sagte sie, „geh heut nicht jagen. Es ist klümmlich Wetter und der Föhn weht so grüßlich.“  
„Oh, das macht nichts. Grad bei solcher Witterung kommen die Gensler gern weiter herab als sonst. Ich will zum Gummigleisler, wo ein guter Standort ist. Ich mit noch deine Gams, Roi. Das wird mir Glück bringen.“

„Da!“  
Er ermutigt durch den leisen Gegenwind ihrer Gams, beugte er sich zu ihr herab, und sie ließ es geschehen, daß sein Mund den ihrigen berührte. Aber ihre Lippen waren kalt und regten sich nicht unter dem feinen.

Unter der Läre blieb er stehen und sah noch ihr zurück.  
„Du tätest lieber, heute nicht zu gehen, Ruudi“, sagte sie.  
„Aber wenn du durchaus willst, so nimm mich doch recht in acht auf deinen Wegen.“

Es lag Müde und Besorgnis in dieser Mahnung, als käme sie von den Lippen einer Schwester; aber keine lebende Zärtlichkeit. Wenn er in früheren Tagen zur Gamsjagd ausgezogen, ob da war's anders gewesen!

In diesem Augenblicke hörte man durch die geöffnete Läre das Rind vom Winterstübli her weinen, und Rosi eilte hinüber.

Das Rind! das Rind! — Es trieb ihn fort.  
Als Rosi mit dem Kleinen auf den Armen zurückkam, war Ruudi gegangen.

Ja, er war gegangen und —ehrte nicht wieder.  
Weit droben in der Dede, in einem wilden Tobel, auf dessen Grund ein Eisarm des Gummigleislers lastet, fand am folgenden Tage ein Geibind den Ruudi Zursüß, herab und fern auf dem Eise lag, mit abgedrucktem Hirsdgart.

Ueber der Stelle, wo er lag, erhob sich zu schwebender Höhe das Rägelisgarri, ein schmalere, ischarfaunderer Felskamm, dessen Scheitel über den Gletscher zu seinen Füßen hoch herausragte, ein den Gamsjägern der Umgegend wohlbekannt, aber gefährlicher Stein, der von dem Gumm in die Schindeln des Glanghorn's herüberfiel.

Da droben mußte ihn der heftige Wind, der geteilt wehte, erfasst haben. Da mußte sein Fuß ausgeglitten sein zum rettungslosen Sturze.

Oder?  
Ach, dieses Oder? Es müßte wie ein Schwert in der Brust Rosi's. Wenn sie ihn doch zurückgeholt, wenn sie seinen Abschiedsruß erwidert hätte!

Sie hätte, sie hätte es tun sollen, tun müssen.  
Jetzt, als man ihr den Toten gebracht, als sie sich aufdröhnend über ihn warf, als sie seinen bleichen Mund küßte, als sie seine Stirne, an der das blutgetränkte Haar festgefleht war, mit ihren Tränen badete — jetzt hätte sie ihn wieder!

Am Tage der Bestattung ihres Gatten fiel sie in ein hitziges Fieber, das diesem schwer, zu schwer gedrückt Herz eine Ruhe bringen zu wollen schien, wie nur das Grad sie sichert. Aber sie genas unter der liebevollen Pflege der Mutter und Schwester.

Als sie aus den Fieberphantasien wieder ins Bewußtsein zurückkehrte, war ihr erstes Wort: „Das Rind! Ein,

me in Rind!“ Man brachte es ihr, und als der Kleine sie anstarrte, küßte sie, daß sie noch leben könnte, leben mußte. Der geliebte tote Barte hat ja ein Vermächtnis hinterlassen, das ihrer bedürfte.

Am dem Stabe dieser Pflicht rannte sich ihr Dasein wieder empor, nicht mehr zu keiner vollen Höhe, aber doch zu jener ruhigen Erhebung, die sich über Schweregefühle edle Gemüter hebt und nicht vom besten Gemüthe die Abendschle über die Randschäft.

Bevor der Winter einbrach, wurde in der Wüßel eine recht stille Hochzeit gefeiert. Das war ganz im Sinne Wälders, und Brenzel hatte es ausdrücklich verlangt, damit die kaum wieder angeene Schwester auch dabei sein könnte, ohne daß ihr das Herz zu schwer würde.

Als das Pfarrhaus von Windgellen durch die Anwesenheit einer Frau Farrerin endlich ein richtiges Pfarrhaus geworden — zu nicht geringen Genutung der ehrbaren Jungfer Bibbeli — zog Rosi, den vereinten Willen der Frauen nachzugeben, mit dem Kinde zur Mutter in die Wüßel. Aber sie tat das erst, nachdem sie eines Tages ihre Mutter unterlehens überfallen hatte, wie viele mit armuthtlicher Zärtlichkeit den kleinen Ruudi in den Armen wiegte.

Eine große, noch während Brenzel's Brautstand in Ordnung gebrachte Anlegenheit war es ihr, die Adoption des Kindes in einer Form vollzogen zu wissen. Als die Sache durch den Farrer auf dem Besirksamt bereinigt wurde, fragte ihn dann vernommenen Bericht der nicht wenig verwunderte Statthalter: „Aber ist die gute Frau auch völlig zurechnungsfähig?“

„Zurechnungsfähig?“ erwiderte Wälder. „Nawohl! Aber ihr Rednungsfaktor war und ist ihr selbsteißes, lautes, treues Herz.“

Ende.



